

(Präsident.)

- (A) Gesetzentwurf über die Abänderung des Gesetzes vom 20. März 1894, die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Bezirkshebammen betreffend.

Präsident: An die Gesetzgebungsdeputation zur anderweiten Berichterstattung abzugeben.

(Nr. 263.) Desgleichen über den durch das Königliche Dekret Nr. 7 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, die Amjeln und Eichhörnchen betreffend.

Präsident: An die Gesetzgebungsdeputation abzugeben zur Ausarbeitung der Ständischen Schrift.

(Nr. 264.) Desgleichen über Kap. 50 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Frauenklinik und Hebammenlehranstalt zu Dresden betreffend.

(Nr. 265.) Desgleichen über Kap. 62 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Botanischer Garten und Pflanzenphysiologische Versuchsstation zu Dresden.

(Nr. 266.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition der Ottilie Selma Dörfel geb. Leicht u. Arnoldsgrün wegen Wasserentziehung durch die Stadt Olsnitz i. B.

(Nr. 267.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des Gutsbesizers Hermann Priemer in Pomßen, eine Zivilprozefsache betreffend.

Präsident: Die Protokollauszüge von Nr. 264 bis 267 kommen zu den Akten.

- (B) (Nr. 268.) Desgleichen über die Petition der Grundstücksanlieger des Sebnitzbaches, dessen Verunreinigung betreffend.

(Nr. 269.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Petition des August Herzog in Großschönau um Gewährung einer Unterstützung.

Präsident: Beide Protokollauszüge, Nr. 268 und 269, sind an die Beschwerde- und Petitionsdeputation abzugeben.

Meine Herren! Gestern abend hat die Abstimmung über die beiden Anträge Dr. Seyfert und Schreiber-Barth nicht stattgefunden. Wir haben das nachzuholen.

Die Kammer ist damit einverstanden, daß wir dies noch vor Eintritt in die heutige Tagesordnung vornehmen. Ich frage also die Kammer:

Will sie den Antrag Dr. Seyfert, der lautet: „den Antrag Dr. Seyfert, Dr. Kaiser und Genossen und den Antrag Schreiber-Barth und Genossen zur weiteren Beratung an die Gesetzgebungsdeputation zu überweisen“, und den inhaltlich gleichlautenden Antrag des Herrn Abgeordneten Schreiber: „Ich beantrage, den Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Seyfert und Genossen, Drucksache Nr. 41, und den Antrag der Abgeordneten Schreiber und Genossen,

Drucksache Nr. 43, der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen“ annehmen?

Einstimmig.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1: **Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 4 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Beseitigung von Straßenübergängen betreffend. (Drucksache Nr. 153.)**

Berichterstatter Herr Abgeordneter Knobloch.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Knobloch: Meine geehrten Herren! Tit. 4 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats, Beseitigung von Straßenübergängen in Schienenhöhe, begreift 25 einzelne Planungen im Gesamtbetrage von 1 626 300 M. in sich, zu dessen Deckung 1 1/2 Millionen gefordert werden, da rund 125 000 M. noch aus früheren Finanzperioden vorhanden sind. Diese Planungen sind über das ganze Land verteilt. Innerhalb der Stats von 1900/01 bis 1912/13 sind insgesamt 11 425 000 M. zu gleichen Zwecken verwendet worden. Man hört oft die Meinung, daß in dieser Beziehung von unserer Eisenbahnverwaltung des Guten zu viel oder in zu flottem Tempo zum Nachteil anderer Aufgaben getan wird. Doch konnte sich Ihre Deputation nicht entschließen, der Regierung hindernd in den Arm zu fallen, da es sich einerseits um Beseitigung von Gefahrenpunkten für Bevölkerung und Staatseigentum sowie um die Beseitigung von oft den Verkehr schwer hindernden Schienenübergängen handelt, andererseits aber die Ausgaben nicht unverzinst bleiben. Mit den seither verwendeten 11 425 000 M. werden an laufenden Betriebsausgaben, hauptsächlich an Bahnbewachungskosten, jährlich 309 817 M., das ist 2 3/4 Prozent, gespart. Auch diesmal wird der angeforderte Betrag von 1 626 300 M. durch Wegfall solcher Betriebsausgaben von 49 300 M. eine Verzinsung von 3 Prozent ersparen.

Ihre Deputation hat bei Prüfung der größeren Baulichkeiten, die über 100 000 M. betragen und bei denen ihr besondere Planungen vorgelegt worden sind, hauptsächlich die Steigungsverhältnisse, die Krümmungshalbmesser, in denen die Kurven erbaut werden, und die Übersichtlichkeit geprüft und hat, soweit sie dabei etwas einzuwenden hatte, von der Regierung die Zusicherung bekommen, daß diese Wünsche berücksichtigt werden sollen. Ich habe nun den Antrag, wie er Ihnen vorliegt, Bewilligung von 1 500 000 M., hiermit mündlich zu stellen.

Vizepräsident Opitz: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Träber.